VoBo-Initiative Darmstadt
Frankfurter Str. 70, Tel.: o6151/25885, Mo. u. Di. 18^{00} - 20^{00}

Plenum: jeden Freitag, 20^{00}, altes Hauptgebäude TH Darmstadt

VoBo-Spendenkonto c/o M. Wacker, Sparkasse Da., Konto Nr. 111 034 117

10 Minuten,

die Sie noch bereuen werden.

VOLKSZÄHLUNG 1987 IN DARMSTADT

Seit Anfang März beantragen Darmstädter Volkszählungsgegner bei der zuständigen Behörde der Stadt, dem Liegenschaftsamt, für die Samstage einen Informationsstand auf dem Luisenplatz. Die Stadt lehnte bislang dreimal ab.

Dem 3. Antrag (für den 28.3.) war eine Liste mit den Titeln von ca. 20 Büchern und Broschüren beigegeben, die zur Information ausgelegt werden sollten. Das Liegenschaftsamt setzte 6 Bücher auf den Index, weil diese angeblich Boykott-Aufrufe enthalten - und lehnte ab. "Öffensichtlich rechtswidrig" entschied das Darmstädter Verwaltungsgericht; das Liegenschaftsamt habe den Verkehrsfluß auf dem Luisenplatz zu gewährleisten, aber keine Kompetenz zur Buchzenzur.

Im Darmstädter Echo (31.3.) versuchte der Magistrat den Eindruck zu erwecken, das Kasseler Oberverwaltungsgericht habe in selber Sache für die Stadt entschieden. Eine gezielte Ente. Das Kasseler OVG hat in dieser Sache überhaupt keine Entscheidung gefällt.

ZENSUR

Die zuständigen Beamten des Liegenschaftsamtes machten von Anfang an klar, daß sie öffentlich vorgetragene Kritik an der Volkszählung für ungesetzlich halten. Auf dem Luisenplatz erklärte der zuständige Abteilungsleiter einem erstaunten Volkszählungsgegner, daß er die Ablehnung der Volkszählung für unvereinbar mit dem Beamten-Status halte.

Entsprechend sieht die vom 'Gesunden (Beamten-)Volksempfinden' diktierte Zensur aus:

- Alle indizierten Titel sind im Buchhandel frei erhältlich und noch kein Staatsanwalt nahm Anstoß;
- Rechtsmittel-Hinweise an Volkszählungsgegner brachten ein Buch auf den Index;
- Ein anderes ('Mikropolis' v. Kubicek), in dem die Volkszählung garnicht vorkommt, fiel der Zensur zum Opfer, weil der Verfasser gegen die umfassenden Vernetzungspläne der Bundespost bis in den letzten Haushalt das 'informationelle Selbstbestimmungsrecht' stellt.

Die Zensoren können sich im Schatten des OB verstecken, der an Recht und Gesetz vorbei politisch entschied, Volkszählugsgegner erhalten keinen Informationsstand (DE, 16.3.87). Der Vorwurf des Boykott-Aufrufs dient nur als Vorwand.

Wir rechnen mit weiteren Behinderungen etwas außerhalb der Legalität durch die Stadt und sind gespannt, wielange die Gerichte sich noch um eine Entscheidung in Sachen Zensur drücken.

KRIMINALISIERUNG

Am Samstag, 7.3., bauten wir den Informationsstand, den die Stadt nicht genehmigte, dennoch auf. Die Polizei ließ räumen, stellte ziemlich wahllos die Personalien von 12 Anwesenden fest und ließ einen beißenden Hund auf Volkszählungsgegner und auch zufällig anwesende Passanten los.
Zwei Wochen später erhält einer der zwölf Post: das K 14, die politische Polizei, hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Einige Tage später erhalten vier weitere Volkszählungsgegner die Nachricht von gegen sie gerichteten Verfahren durch das K 14.
Diesmal wegen Samstag, 14.3. (Volkszählungsgegner informieren seit Anfang März jeden Samstag auf dem Luisenplatz).

Am 14.3. wurden auf dem Luisenplatz keine Personalien festgestellt. Wir wüßten gern, welcher Art von Observation und welcher Kriterien bei der Auswahl aus der Masse der Volkszählungsgegner sich die Staatsmacht bedient.

Als der Berliner Innensenator Kewenig an kündigte, er werde alle Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Volkszählung dem Staatschutz übergeben, erklärten die zuständigen Datenschützer das für rechtswidrig.

Die aufgeregten Reaktionen des Staates in Darmstadt und anderswo, sind erklärbar: die Hälfte des zur Aushorchung anstehenden Volkes akzeptiert seine Zählung nicht. Denn es ist klar, je praller Staat und Wirtschaft ihre Computer mit unseren Daten füllen, desto mächtiger werden sie gegen uns.

Z.B. werden Hausbesitzer, erstmal im Besitz genauen Datenmaterials über Mieten und Wohnraum, diese Informationen kaum zwecks Mietsenkung verarbeiten.

Zusammen mit dem neuen maschinenlesbarem Personalausweis und 'Sicherheitsgesetzen', die den Datenaustausch zwischen Wirtschaft, Behörden, Polizei und Geheimdiensten legalisieren, macht das aus der Volkszählung zu produzierende feinmaschige Sozialraster eine umfassende Kontrolle der Bevölkerung möglich.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Wir werden uns das Recht auf freie Meinungsäußerung vom Magistrat nicht nehmen lassen, werden bis zum 25. Mai jeden Samstag auf dem Luisenplatz informieren.